

Dringender Reformbedarf:

Der heutige Länderfinanzausgleich ist ungerecht und leistungsfeindlich

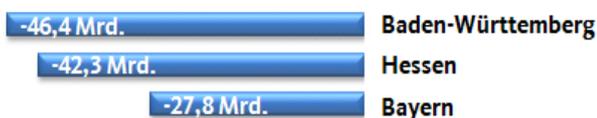
Der Länderfinanzausgleich muss gerechter werden!

Der Länderfinanzausgleich stellt eine enorme Belastung für die wirtschaftlich starken Länder dar. Seit 1950 hat Baden-Württemberg mehr als jedes andere Land für den Länderfinanzausgleich aufgebracht: 46.400.000.000 Euro! Der Länderfinanzausgleich ist ein Fass ohne Boden, in das wenige Länder immer noch mehr schütten. Diese gigantische Umverteilungsmaschinerie ist in seiner heutigen Ausgestaltung leistungsfeindlich und ungerecht. Wir fordern eine Neuregelung des Länderfinanzausgleichs

Klageschrift in Auftrag

Ministerpräsident Stefan Mappus traf sich am 24. Januar 2011 mit den Länderschefs aus Bayern und Hessen. Die größten Geberländer streben eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht an, wenn sich keine einvernehmliche Lösung abzeichnet. Eine gemeinsame Klageschrift wurde in Auftrag gegeben. Ziel: Der Länderfinanzausgleich muss neben einer richtig verstandenen Solidarität einen fairen Wettbewerb schaffen, der Gestaltungsräume eröffnet und Leistungsgerechtigkeit sichert.

Zahlung in Länderfinanzausgleich bis 2009
- in Mrd. Euro -



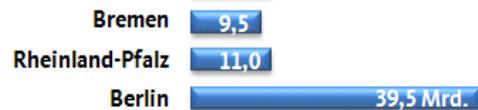
Immer nur gezahlt...

Allein bis 2009 hat Baden-Württemberg 46,5 Mrd. Euro einbezahlt. Der Schuldenstand unseres Landes lag zum gleichen Zeitpunkt bei 41,7 Mrd. Euro. Ohne die Einzahlung in den Länderfinanzausgleich wäre Baden-Württemberg heute schuldenfrei. Das wollen wir unseren Bürgern nicht länger zumuten.

Änderungen sind nötig

Wir stehen zur Solidarität mit anderen Bundesländern. Wir fordern von ihnen aber auch eigene Verantwortung ein. Einen bedingungslosen Länderfinanzausgleich, der bei den Nehmerländern völlig falsche Anreize setzt, lehnen wir ab. Wir halten es für untragbar, dass sich viele Empfängerländer Ausgaben leisten, auf die das Zahlerland Baden-Württemberg aus Vernunft verzichten muss.

Einnahmen aus Länderfinanzausgleich bis 2009
- in Mrd. Euro -



Empfängerländer leisten sich politische Gefälligkeiten

- **Berlin** gönnt sich mit unserem Geld drei beitragsfreie Kindergartenjahre.
- **Bremen** verzichtet für die ersten 14 Semester auf Studiengebühren.
- **Brandenburg** führte ein „Schüler-BAföG“ ein.
- Ministerpräsident Beck will in **Rheinland-Pfalz** vom Schuljahr 2012/13 an kostenlose Schulbusse anbieten.

Für ein gerechtes System

Wir sind bereit, hoch verschuldeten und finanzschwachen Ländern wirksame Konsolidierungshilfe zu leisten. Richtig verstandene Solidarität ist jedoch nicht die Einrichtung eines dauerhaften Transfersystems in eine Richtung. Wir wollen unser Geld nicht mehr ohne jede Bedingung und ohne Bestimmung einbezahlen.

Deshalb sagen wir: Wer sich fördern lässt, muss auch Forderungen erfüllen!